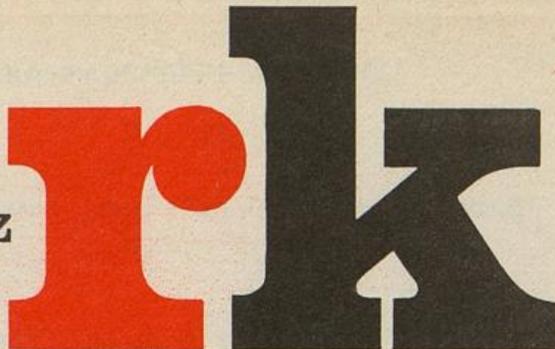


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 10. Dezember 1984

Blatt 2904

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Ideen für Gürtel, Süd- und Westeinfahrt
gesucht

Kommunal:
(rosa)

Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
Winterferienspiel für die ganze Familie
Weihnachtsfeiern im Pensionistenklub
Wien warnt: Sondermüll ist österreichisches
Problem
EBS darf nichts verbrennen, das zu Gefährdung
führt

Nur
über FS:

9.12. Geschäft am Graben brannte
Gasunfall fordert zwei Menschenleben
Vergessene Kerze verursachte Zimmerbrand
10.12. Dienstag wegen Budgetdebatte kein
Bürgermeister-Pressegespräch

.....
Bereits am 9. Dezember 1984 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Ideen für Gürtel, Süd- und Westeinfahrt gesucht

Utl.: Ideenkonkurrenz ausgeschrieben - Bevölkerung soll mitwirken

=++++

1 #Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Planungen für den Bereich des Gürtels sowie der Süd- und Westeinfahrt hat die Stadt Wien nun eine Ideenkonkurrenz ausgeschrieben, die bis März 1985 läuft und bei der Planer und Planergruppen gefunden werden sollen, die in den nächsten Jahren die anstehenden Probleme im Zusammenwirken mit der internationalen Projektleitung und dem Magistrat bearbeiten sollen. Gesucht werden dabei nicht nur Programme zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse sondern vor allem auch Lösungen zur Verbesserung der Umweltsituation und zur Ankurbelung der Stadterneuerung in diesem Bereich. Die Ausschreibungsunterlagen werden ab sofort von der Magistratsabteilung 18, 1082 Wien, Rathausstraße 14-16, abgegeben.

Wie Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" betonte, soll, parallel zu dieser Ideenkonkurrenz der Fachleute, vor allem aber auch die Bevölkerung selbst auf breitester Basis an der Lösung der Probleme mitwirken. Hofmann: "Ich lade alle Bewohner der Gebiete um den Gürtel sowie die Süd- und Westeinfahrt - rund 600.000 Menschen -, darüber hinaus aber auch alle anderen interessierten Wienerinnen und Wiener ein, uns ihre Vorschläge, Meinungen, Anregungen und Ideen mitzuteilen. Jeder einzelne Vorschlag wird von der Projektorganisation eingehend geprüft werden."

Die Stadtplanung ersucht um schriftliche Anregungen unter der Adresse: Magistratsabteilung 18, Projektleitung Gürtel, 1082 Wien, Rathausstraße 14-16.#

(Schluß) ger/ap

NNNN

Winterferienspiel für die ganze Familie

=++++

2 #Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Startschuß für das große Winter-Familien-Ferienspiel, das vom 30.12.1984 bis 6.1.1985 stattfindet, sind die "Wasserspiele" im Floridsdorfer Hallenbad. Weitere Schwerpunkte im Programmangebot, das nicht nur für Kinder, sondern für die ganze Familie geplant ist: Kreatives Werken, Spiele, die Aktion "Museum einmal anders", eine Bücher- und Musikstation im Konservatorium der Stadt Wien, ein "Besuch im Postamt", die Computerstation und Wintersport.#

In der Stadtinformation wird ein Informationsstand geöffnet sein (27., 28. Dezember und 2., 3., 4. Jänner, von 10 bis 18 Uhr, 31. Dezember, von 10 bis 15 Uhr. Zur selben Zeit wird auch das Ferienspieltelefon unter der Nummer 42 800/4100 DW. zu erreichen sein. (Schluß) je/ap

NNNN

Weihnachtsfeiern im Pensionistenklub

Utl.: Niemand soll einsam sein

=++++

4 #Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Stadtverwaltung wird auch heuer wieder in einigen Bezirken am 24. Dezember Pensionistenklubs für einsame Menschen offen halten. Der Besuch der Klublokalitäten steht allen Personen offen, auch wenn sie nicht Klubbesucher sind. Anmeldungen nehmen die Pensionistenklubs, die zuständigen Bezirkssozialreferate bzw. die Bezirksvorstehungen bis 19. Dezember 1984 entgegen.#

Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER betonte die Notwendigkeit einer solchen Aktion, weil damit alleinstehende Wienerinnen und Wiener, die sich vielleicht gerade an diesen Tagen verlassen und einsam fühlen, die Möglichkeit haben, dieser Einsamkeit zu entfliehen.

Folgende Pensionistenklubs werden am Heiligen Abend geöffnet sein:

- 2., Praterstern 1, Haus der Begegnung, 15 bis 18 Uhr
 - 6., Königseggasse 10, Haus der Begegnung, 14 bis 17 Uhr
 - 7., Lindengasse 44, Pensionistenklub, 14 bis 16 Uhr
 - 8., Lerchenfelder Straße 4, Pensionistenklub, 16 bis 18 Uhr
 - 10., Van-der-Nüll-Gasse 89, Pensionistenklub, 15 bis 18 Uhr
 - 11., Enkplatz 2, Pensionistenklub, 15 bis 19 Uhr
 - 12., Schönbrunner Straße 259 (Eingang Meidlinger Hauptstraße 4)
Pensionistenklub, 14 bis 18.30 Uhr
 - 13., Faistauergasse 68, Pensionistenklub, 15 bis 18 Uhr
 - 14., Penzinger Straße 150, Pensionistenklub, 15 bis 18 Uhr
 - 15., Nobilegasse 33 - 35, Pensionistenklub, 16 bis 18 Uhr
 - 16., Wurlitzergasse 59, Pensionistenklub, 14 bis 17 Uhr
 - 18., Weimarer Straße 8 - 10, Pensionistenklub, 15 bis 18 Uhr
 - 21., Jedleseer Straße 66 - 94/37, Pensionistenklub, 14 bis 19 Uhr.
- (Schluß) zi/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates begann Montag unter dem Vorsitz von GR. MAYERHOFER (SPÖ) mit einer Fragestunde.

In der ERSTEN ANFRAGE wollte GR. Mag. KAUER (ÖVP) vom Bürgermeister wissen, wann die Neulinggasse wieder für den Verkehr geöffnet werde. Dr. ZILK sagte dazu, es gebe gleich viele Pro- und Kontrastimmen. Die Entscheidung für eine Sperre sei einstimmig im Bezirk getroffen worden, zukünftige Entscheidungen seien Sache der Bezirksdemokratie.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), wie weit das Planungsressort mit Plänen für ein Tourismuszentrum am Nordbahnhof befaßt wurde, antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), ihm sei eine grobe Skizze vorgelegt worden, die er der für den Flächenwidmungsplan zuständigen Abteilung zur Prüfung übergeben habe.

In der DRITTEN ANFRAGE erkundigte sich GR. Dr. PETRIK (ÖVP) nach den Gesamtkosten für die Erstellung des Stadtentwicklungsplans. StR. Ing. HOFMANN bezifferte sie mit 31,1 Millionen Schilling, wovon der Rechnungshof 25,5 Millionen für die Jahre 1977 bis 1981 ausgewiesen habe. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die VIERTE ANFRAGE von GR. Ilse FORSTER (SPÖ) hatte zum Inhalt, in welchem Ausmaß die Ehe- und Familienberatungsstellen der Stadt Wien in Anspruch genommen werden. Stadtrat SMEJKAL (SPÖ) sagte, daß rund 2.000 Personen pro Jahr diese Einrichtung in Anspruch nehmen.

Für den Bau der Station "Volkstheater - U 3" gelten ab März 1985 zahlreiche Verkehrsmaßnahmen, sagte Stadtrat RAUTNER (SPÖ) auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. BROSCHE (SPÖ). Unter anderem muß die Linienführung der Straßenbahnlinien "46" und "49" geändert sowie die Sperre der Bellariastraße verfügt werden.

Die SECHSTE ANFRAGE von GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) betraf die Koordinierung von Verkehrslichtsignalen in Wien. Stadtrat RAUTNER führte aus, daß die Koordination der Ampelanlagen in erster Linie nach der Verkehrskonzeption erfolgt, damit eine Verbesserung der Lebensqualität ermöglicht wird.

Der Programmstellung liegen verschiedene Gesichtspunkte, wie zum Beispiel "Vorzugsprogramme" für öffentliche Verkehrsmittel oder die Berücksichtigung von Radfahrern und Fußgängern zugrunde.

(Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) 760 Bewerber, davon 500 echte Interessenten, haben sich für eine Selbsthilfewohnung gemeldet, sagte StR. HOFMANN auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP). 100 Wohnungen konnten vergeben werden, eine zweite Gruppe von Wohnungen wird noch gesucht, daher haben sich Verzögerungen bei der Benachrichtigung der Bewerber ergeben.

Der Abbruch des Hauses Wien 5, Margaretenstraße 88, war nicht zu verhindern, sagte StR. HOFMANN auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö). Die Baupolizei war gegen den Abbruch, Rettungsversuche des Objektes scheiterten an der zu hohen Preisforderung des Eigentümers. Er denke daran, sagte StR. Hofmann, den Zinssatz für Ersatzvornahmen zu erhöhen, damit bei derartigen Ersatzvornahmen keine finanziellen Vorteile für reparaturunwillige Eigentümer von Häusern eintreten.

Zum 100. Geburtstag und gleichzeitig zum 50. Todestag des Komponisten Alban Berg wird die Wiener Stadtbibliothek eine Faksimile-Ausgabe des Liedes der Lulu aus der gleichnamigen Oper herausbringen, sagte StR. MRKVICKA auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Ing. RIEDLER (SPö). Weiters werde im November gemeinsam mit dem Konzerthaus ein Alban Berg-Fest veranstaltet. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Dr. HÄUPL (SPö), wie erfolgreich die Jugendsport-Aktion 1984 "Sportplatz der offenen Tür" war, sagte Kulturstadtrat MRKVICKA, daß mit rund 47.250 Teilnehmern eine Zunahme von 3.000 Kindern gegenüber dem Jahr 1983 zu verzeichnen war. 1984 stand eine lange Reihe von Sportanlagen und Turnhallen für diese Aktion zur Verfügung, die 1985 in noch erweiterter Form stattfinden wird.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), welche Beträge 1985 für die Renovierung des Grassalkowitsch-Schlüssels vorgesehen sind, sagte StR. MRKVICKA, daß von seiten des Kulturamtes nichts eingeplant ist. Allerdings besteht ein Interesse seitens der Firma Augarten an dem Gebäude. Neben der bereits bisher geplanten Übersiedlung des Bezirksmuseums Leopoldstadt und des Circus- und Clownmuseums in das Schlüssel könnte dort auch ein Porzellanmuseum entstehen. Damit wäre eine sinnvolle Funktion für das Gebäude gegeben. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. Prof. WIESINGER (SPÖ) über die bisherigen Ergebnisse der Diskussion über die medizinische Struktur des neuen AKH erklärte StR. STACHER, der Umzug bedeute für die Fakultäten eine "Jahrhundertchance", unzeitgemäße Strukturen abzuschaffen. Die Detailstrukturen seien noch zu erörtern, doch sei es bereits klargelegt, daß es keine Doppelkliniken geben werde. Soweit es räumlich möglich sei, würden Modellversuche schon jetzt eingerichtet.

Die Katastrophenschutz-einsatz- und Alarmpläne für die Wiener Spitäler, erklärte Gesundheitsstadtrat Dr. STACHER auf die DREIZEHENTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP), werden ständig bearbeitet. Katastropheneinsatzübungen werden in verstärktem Maße durchgeführt. (Forts.) je/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Neuer Vorsitzender, neue Gemeinderäte

=++++

10 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Nach der Fragestunde wurden zwei neue ÖVP-Gemeinderäte angelobt, da die Gemeinderäte TRAINDL und SCHNEIDER ausgeschieden sind. Die neuen Gemeinderäte sind Dkfm. Hildegunde SCHILLING, geboren 1939, bisher ÖVP-Bezirksrat in Hietzing, und Ernst KIENDL, geboren 1940, bisher Bezirksrat im 3. Bezirk. Zu einem neuen Vorsitzenden des Gemeinderates wurde ÖVP-Gemeinderat Ing. Otto KREITNER einstimmig gewählt. (Forts.) and/ap

NNNN

Wien warnt: Sondermüll ist österreichisches Problem (1)

Utl.: Baubeginn SMZ-Ost, Milliarden-Umwelt-Programm

=++++

11 #Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL/POLITK) Eine eindringliche und letzte Warnung an die Adresse der anderen Bundesländer richtete der Wiener Vizebürgermeister Hans MAYR Montag in seiner Budgetrede vor dem Wiener Gemeinderat. Mayr kündigte an, die Stadt Wien könnte gezwungen sein, die Übernahme von Sondermüll aus den anderen Bundesländern einzustellen, wenn sich nicht alle Bundesländer zur Mitarbeit an der Lösung des Sondermüllproblems in Österreich bereithänden. Derzeit gebe es für 80 Prozent der österreichischen Bevölkerung außerhalb Wiens keine Lösung für die Beseitigung von Sondermüll, erklärte Mayr. Die Stadt Wien hat mit dem Bau der EBS eine Pioniertat gesetzt. Nun müßte man außerhalb Wiens erkennen, daß eine gemeinsame Lösung für die Verbrennung und die Deponierung von Sondermüll gefunden werden muß.

Insgesamt habe sich, so Mayr, die finanzielle Situation der Stadt Wien durch eine erfolgreiche Budgetkonsolidierungspolitik verbessert. Das Wiener Budget 1985 sieht Einnahmen von 65,8 Milliarden und Ausgaben von 71,3 Milliarden vor. Der Abgang bleibt mit 5,5 Milliarden gleich hoch wie 1984. Die Fremdmittelaufnahmen der Stadt Wien sinken im Jahr 1985 um 1,4 Milliarden, der Wiener Schuldenstand konnte in den letzten Jahren stabilisiert werden. #

Durch die Verlängerung des Krankenanstaltenszusammenarbeitsfonds kann Wien bis 1987 mit Mehreinnahmen von 750 Millionen Schilling rechnen. Wien wird diese Mehreinnahmen für den Bau eines neuen Krankenhauses im SMZ-Ost verwenden.

Das zweite erfreuliche Faktum ist eine zwischen Bundeskanzler Dr. SINOWATZ und Bürgermeister Dr. ZILK getroffene Vereinbarung über ein 5,6-Milliarden-Umwelt-Programm für Wien. Mit dieser Sinowatz-Zilk-Vereinbarung wird die Wiener Trinkwasserversorgung verbessert und gesichert. Außerdem werden die Wiener Gewässer reiner als je zuvor, betonte Mayr. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wien warnt: Sondermüll ist österreichisches Problem (2)

Utl.: Mayr fordert Solidaritätsgroschen vom Westen

=++++

12 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Vizebürgermeister MAYR machte Montag Vizekanzler und Handelsminister Dr. STEGER den Vorschlag, bei der nächsten Strompreistrunde "ein Zeichen des guten Willens" zu setzen. In den "Niedrigpreisstromländern" Tirol und Vorarlberg sollte man den Strompreis um einen Groschen mehr erhöhen und dafür in den "Höchstpreisstromländern" wie Wien und Niederösterreich die Erhöhung um einen Groschen niedriger ausfallen lassen. Damit wäre, so Mayr, zwar noch lange kein einheitlicher Strompreis in Österreich erzielt, aber zumindest ein Zeichen des guten Willens gesetzt.

Mayr meinte zur Wiener Entwicklung, die Stadt befinde sich im Aufwind. Noch vor Jahren habe alles über Wien Gesagte von tiefem Pessimismus gestrotzt. Nun sei eine Atmosphäre gegeben, in der man die Probleme sachlich diskutieren kann, und wo die Medien auch fair darüber berichten.

Die Wienerinnen und Wiener haben immer anerkannt, daß trotz aller Probleme diese Stadt funktioniert. Nun mehren sich auch die Stimmen in der Presse, in denen dieses selbstverständliche Faktum gesehen und als positiv beschrieben wird. "Wien ist - trotz aller Profil-Berichte über seine Skandale - summa summarum eine gute Stadt", schrieb Profil-Herausgeber und Chefredakteur Lingens in diesem November in einem Leitartikel. Es ist erfreulich, daß heute offensichtlich gegenüber Wien ein ausgewogenes Maß zwischen Kritik und Anerkennung gefunden wurde, betonte Mayr dazu. (Schluß) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Budgetrede Vizebürgermeister Mayr

=++++

13 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Siehe eigene RK. (Forts.) sei/ko

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

14 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kündigte an, seine Fraktion werde den Budgetentwurf nicht mitbeschließen, weil auf die Bereiche Ver- und Entsorgung sowie Stadterneuerung zu wenig Rücksicht genommen werde. In einem ANTRAG verlangte Hirnschall, den Stadterneuerungsfonds sofort aufzulösen und die Mittel anderen Maßnahmen der Stadterneuerung zur Verfügung zu stellen. Die, nach seinen Worten, derzeit bestehende "Grundstücksagentur" könnte jedoch unter gewissen Voraussetzungen erhalten bleiben. In einem weiteren ANTRAG verlangte Dr. Hirnschall, bei künftigen Investitionen der Stadt Wien sollten auch die Folgekosten kalkuliert werden. Zwar scheine es, sagte Hirnschall weiter, daß die steigende Verschuldung eingebremst werde, aber ab 1986 werde es wieder höhere Rückzahlungsverpflichtungen und deutlich höheren Geldbedarf geben. Die Entspannung der Budgetlage sei also nur vorübergehend. Einen beunruhigenden Trend ortete Hirnschall bei der Investitionsquote, die weiter sinke. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Debatte Finanzen- und Wirtschaftspolitik

=++++

17 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die öVP lehnt das Budget 1985 ab, weil zu wenig Mittel für den Umweltschutz eingeplant sind, führte GR. Dkfm. WÖBER (öVP) aus. Dieses Budget sei durch die Politik der Vorjahre geprägt, woraus sich eine empfindliche Investitionsreduzierung ergibt. Obwohl für 1985 ein Wirtschaftsaufschwung prognostiziert werde, setzt die Gemeinde Wien keine entsprechenden Impulse. Das Ziel, eine Budgetkonsolidierung herbeizuführen, stehe im Gegensatz zum Finanz- und Investitionsplan. Weiters kritisierte Wöber die Gebührenpolitik der Gemeinde Wien und forderte eine Änderung der Wohnbauförderung.

Zur Problematik der weltwirtschaftlichen Verflechtung zitierte GR. Wöber Prof. KNAPP: Von 1974 bis 1983 erhöhte sich die Neuverschuldung Österreichs um 54 Milliarden Schilling, im gleichen Zeitraum betrug der Einfuhrüberschuß 35 Milliarden Schilling. Wöber forderte deshalb inlandswirksame Investitionen. (Forts.) lei/ko

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

18 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. MAYRHOFER (SPÖ) verwies darauf, daß sich die Grundsätze des Budgets mit der Auffassung der Mehrheitspartei decken. Das Budget sei realistisch und orientiere sich an den wirtschaftlichen Gegebenheiten. Die öVP sei jedoch nicht bereit, Mitverantwortung zu tragen. Zum Thema Jugendarbeitslosigkeit meinte der Redner, daß diese in Wien im Vergleich zu anderen Städten und Ländern geringer sei. In Österreich und besonders in Wien sei es dank der Politik der Sozialisten gelungen, negative Entwicklungen zu mildern.

GR. Mayrhofer würdigte den neuen Finanzausgleich, der Wien jährlich um 472 Millionen Schilling mehr Einnahmen bringt. Zum Vorwurf, daß die Investitionen zurückgehen, sagte Mayrhofer, die Aufwendungen gingen mehr in Richtung Erhaltung und Instandsetzung, damit würden Arbeitsplätze gesichert. Weiters hob Mayrhofer hervor, daß die Sozialausgaben im Budget überdurchschnittlich erhöht werden. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

19 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister MAYR wandte sich in einer Wortmeldung gegen die Kritik von GR. Dr. HIRNSCHALL am Stadterneuerungsfonds. Dieser sei durchaus als sinnvolles Instrument im Sinne der Stadterneuerung zu sehen. Mayr bezeichnete auch den Vorwurf von GR. Dkfm. WÖBER als unrichtig, daß die kommunalen Dienstleistungsbetriebe nicht rationell arbeiten. Wöber könne sich jederzeit vom Gegenteil überzeugen. Zum Vorwurf, im Budget seien keine Zahlen für die Hauptsammelkanäle und die Hauptkläranlage enthalten, sagte Mayr, die Finanzierung der entsprechenden Projekte sei Verhandlungsgegenstand mit dem Bund und daher noch nicht im Budget fixiert. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

21 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Das Budget 1985, führte GR. KNEIDINGER (SPö) aus, zeige, daß es gelungen sei, Prioritäten zu setzen und diese auch durchzuziehen. Das Budget entspreche der wirtschaftlichen und sozialen Verpflichtung der Stadt Wien. Die soziale Tarifgestaltung zeige sich vor allem darin, daß die Tarife für Wasser, Abwasser und Müllabfuhr nicht erhöht werden. (Forts.) je/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Debatte Finanzen und Wirtschaftspolitik

=++++

22 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. PROCHASKA (ÖVP) verwies darauf, daß in Wien keine neuen Hotelbetten der unteren und mittleren Kategorie (mit Ausnahme des Ibis-Hotels) errichtet werden sollten. Nun soll aber die WIGAST, ein Holding-Betrieb, das Internationale Studentenheim "Haus Döbling" mit mehr als 900 zusätzlichen Betten während des Sommers übernehmen. ÖVP und Hochschülerschaft hatten sich bereits seit längerem bemüht, eine bessere Lösung zu finden, die jedoch nicht realisiert wurde. Prochaska verwies auf umfangreiche Ausgaben im Zusammenhang mit Neuübernahme und Renovierung durch die WIGAST und kritisierte, daß die Volkshilfe in diesem Gebäude 400 Quadratmeter Büroflächen um 8.300 Schilling monatlich benützt; damit sei eine Chance vertan worden, Gewinne zur Entlastung der Vereinskasse des Hauses Döbling zu erreichen. Die Kosten und Abgänge müßten von der Stadt Wien getragen werden.

Vizebürgermeister MAYR erklärte in einer kurzen Wortmeldung, daß es sich beim Haus Döbling um kein neues Projekt handle. (Forts.)
and/ap

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten, Konsumentenschutz

=++++

23 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ingrid KOROSEC (ÖVP) brachte zwei BESCHLUSSANTRÄGE ein. Der erste hatte die Forderung zum Inhalt, daß die Stadt Wien gemeinsam mit der Arbeitsmarktverwaltung und anderen einschlägigen Stellen in Zukunft genaue Arbeitsmarktanalysen betreffend die aktuelle Beschäftigungssituation durchführen lasse. Dadurch soll eine zielgruppenorientierte Betreuung und Arbeitsplatzbeschaffung besonders im Hinblick auf arbeitslose Jugendliche ermöglicht werden. Die Jugendbeschäftigung sei eines der ernstesten Probleme der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Trotz Anstrengungen, die Jugendarbeitslosigkeit zu vermindern, erhöhte sich in Wien die Zahl der arbeitsloser Jugendlichen von Oktober 1983 bis Oktober 1984 von 35.866 auf 37.901.

Der zweite Beschlusantrag betraf die Teilzeitbeschäftigung auf freiwilliger Basis auch für pragmatisierte Bedienstete im Bereich der Stadt Wien. Der Nationalrat wird am 12. Dezember ein Bundesgesetz über die Teilzeitarbeit beschließen. Die Stadt Wien soll eine entsprechende Novellierung der Dienstordnung mit folgenden Ergänzungen vornehmen: Der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit soll für Frauen und Männer in gleicher Weise gelten, und die Gründe für die Inanspruchnahme sollen ausgedehnt werden. (Forts.) lei/ap

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten, Konsumentenschutz
=++++

24 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte die Konsumentenpolitik von StR. SEIDL. Anhand einiger Beispiele von Servicerechnungen der Wiener Heizbetriebe meinte Hirnschall, daß sich die Konsumentenstadträtin besonders um Monopolbetriebe aus dem Nahbereich der Stadt kümmern sollte.

Zum Thema Liberalisierung der Ladenschlußzeiten meinte Hirnschall, man müsse den Bedürfnissen und Wünschen der Konsumenten entgegenkommen. Er spreche sich nicht für mehr Öffnungszeiten insgesamt, sondern für mehr Flexibilität aus. Mit gutem Willen und Verhandlungsbereitschaft müßte es möglich sein, eine gemeinsame vernünftige Lösung zu finden. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
=++++

25 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRSCH (SPÖ) setzte sich dafür ein, Image und Leistungen der Gemeindebediensteten ins rechte Licht zu setzen. Aus diesem Grund begrüße er eine diesbezügliche Umfrage, die derzeit von Stadtrat Seidl durchgeführt wird. Daß gerade bei den Gemeindebediensteten, die oft außerhalb der normalen Arbeitszeiten für die Bevölkerung tätig sind, Überstunden zu leisten seien, müsse jedem Kenner der Verhältnisse einsichtig sein. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten, Konsumentenschutz
=++++

26 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Schwerpunkt der Entwicklungsarbeit bei der EDV werde 1985 ein Verwaltungssystem für Spitäler sein, erklärte GR. Mag. ZIMA (SPÖ). 1984 seien besondere Leistungen auf dem Gebiet der Software, z.B. mit der Entwicklung eines integrierten Büro-Verwaltungssystems (IBS), erbracht worden. Die EDV gestalte die Verwaltung der Stadt Wien effizienter, Arbeitsplätze würden aber sicher nicht wegrationalisiert, betonte Zima. (Forts.) je/ap

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten, Konsumentenschutz
=++++

27 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. ENGELMAYER (ÖVP) kritisierte, daß für die Umweltschutzabteilung nur 42 Dienstposten vorgesehen sind, während der Presse- und Informationsdienst über 90 verfügt.

In einem BESCHLUSSANTRAG verlangte Engelmayer einen längerfristigen Dienstpostenplan im Voranschlag und Rechnungsabschluß der Stadt Wien. In einem zweiten ANTRAG tritt die ÖVP dafür ein, das Kontrollamt mit der Prüfung der Überstundenleistungen zu beauftragen, diese zu analysieren und Empfehlungen vorzulegen, wieweit sich Überstunden durch die Aufnahme zusätzlicher Mitarbeiter kompensieren lassen. In einem dritten ANTRAG urgiert die ÖVP die Neuausschreibung offener Stellen bei der Stadt Wien nach objektiven Gesichtspunkten. Die Auswahl der Stellenbewerber soll einer überparteilichen Kommission übertragen werden, die aus Dienstgeber- und Dienstnehmervertretern besteht.
(Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten, Konsumentenschutz
=++++

28 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. FREITAG (SPÖ) kritisierte, daß auf der einen Seite Überstundenleistungen gegeißelt werden, zugleich jedoch gegen Arbeitszeitverkürzung gewettert werde. Problematisch sei auch das uneingeschränkte Eintreten der ÖVP für flexible Arbeitszeiten. Es werde dies propagiert, ohne daran zu denken, daß viele Bereiche der Wirtschaft dadurch nicht mehr funktionieren könnten.

Zum Thema Ladenschluß sagte Freitag, daß das derzeit geltende Ladenschlußgesetz einen Kompromiß darstelle, der zwar nicht zur Gänze, jedoch zufriedenstellend die Bedürfnisse der Angestellten, Unternehmer und Konsumenten berücksichtige. Er sehe eine große Gefahr in der Aufforderung zum kollektiven Rechtsbruch, wie dies im Zusammenhang mit dem 8. Dezember in manchen Teilen Österreichs geschehen sei, schloß Freitag. (Forts.) lei/ko

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten, Konsumentenschutz
=++++

29 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. JANK (SPö) nannte einige Beispiele der zahlreichen Anrufe beim Konsumententelefon. Im wesentlichen gehe es den Anrufern um Praktiken unseriöser Firmen. Als Erfolg des Konsumentenbeirates wertete Jank die Nahversorgungsuntersuchung in Simmering. Weitere Untersuchungen werden folgen.

Anhand des Weihnachtsgeschäftes meinte Jank, hier zeige sich deutlich, daß der Konsumentenschutz einen hohen Stellenwert besitze. Mit geeigneter Konsumentenerziehung, Information und Beratung der Bevölkerung könnten viele unangenehme Situationen von vornherein verhindert werden. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten, Konsumentenschutz
=++++

30 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. SEIDL (SPö) nahm zu den von ihren Vorrednern aufgegriffenen Themen Stellung. Die Möglichkeit, durch den Abbau von Überstunden im Bereich der Stadt Wien neue Arbeitsplätze zu schaffen, bezeichnete Seidl als gering, doch müsse man auch hier Überlegungen anstellen. Die Möglichkeit der Teilzeitarbeit gebe es bereits für Vertragsbedienstete, bei Pragmatisierten sei dies problematisch, es gebe aber entsprechende Gespräche mit den Bundesstellen. Im Bereich des Ladenschlusses gelte es vor allem die Schwächeren, also die Angestellten, zu schützen. Die von der öVP angesprochene objektive Personalaufnahme durch die Stadt Wien sei ohnedies gegeben. Es gelte das Kriterium der Qualität, nicht das des Parteibuches für die Aufnahme. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

31 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Es sei zu prüfen, erklärte Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) inwieweit die Richtlinien des Stadtentwicklungsplanes mit dem Budget 1985 in Einklang stünden. Im Sinne einer umfassenden Stadterneuerung sollten Altgemeindewohnungen an sozial Schwächere vergeben werden. Dementsprechend müßten aber die Vergaberichtlinien geändert werden, stellte Pawkowicz fest, der einen entsprechenden BESCHLUSSANTRAG einbrachte.

Die Entwicklung des Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds sei traurig, stellte Pawkowicz fest. Die bereitgestellten 400 Millionen Schilling müßten, statt als Sonderrücklage zu verkümmern, rasch und wirksam der Altstadt-sanierung zugeführt werden. Pawkowicz stellte den ANTRAG, eine Förderungsaktion zur Stadterneuerung zu initiieren, bei der sanierungswilligen Hausbesitzern ein 15prozentiger Investitionszuschuß gewährt wird. Pawkowicz wiederholte in diesem Zusammenhang die Forderung der FPÖ an die Genossenschaften, sich einer Kontrolle durch das Kontrollamt zu unterziehen. (Forts.) je/gg

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

32 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) bezifferte den Wiener Sanierungsbedarf bis zur Jahrtausendwende mit 150 Milliarden Schilling. Darum wurde im Frühjahr 1984 von ÖVP und SPÖ gemeinsam der Stadterneuerungsfonds ins Leben gerufen und mit 400 Millionen dotiert. Nun sind aber im Budget nur mehr 100 Millionen vorgesehen, und das sei viel zu wenig, um ernsthaft Stadterneuerung betreiben zu können. Am 1. Jänner sollen das neue Wohnbauförderungsgesetz und das neue Wohnhaussanierungsgesetz in Kraft treten. Es sei nun Aufgabe dieses Gemeinderates "noch das Beste für die Stadterneuerung herauszuholen". Maier kritisierte, daß einige Neubauprojekte der Stadt Wien in Stadterweiterungsgebieten lägen. Die Hälfte des Neubauvolumens sei dem Architekten Glück zugefallen; das sei eine Geschmacksdiktatur und ungerecht gegenüber jungen Architekten. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

33 Wien, 12.10. (RK-KOMMUNAL) Die Stadterneuerung nehme 1985 mit 12,7 Milliarden Schilling breiten Raum ein, führte GR. LUSTIG (SPÖ) aus.

Das Wohnbauförderungsgesetz und auch das Wohnhaussanierungsgesetz bringen viele Vorteile, erklärte Lustig. Seine Fraktion werde sich jedoch um weitere Verbesserungen bemühen. Lustig bekannte sich zum kommunalen Wohnbau als eine wichtige Möglichkeit, den sozial Schwächeren zu helfen. Allein in den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres wurden 7.338 Wohnungen neu vermietet.

Die Wohnungskommissionen haben sich als sehr positive Einrichtung entwickelt, bis jetzt wurden rund 1.500 Anfragen und Beschwerden an sie herangetragen.

Heuer werden die Gemeindemieter zum dritten Mal eine Jahresabrechnung erhalten. Da die anfangs aufgetretenen Probleme gelöst wurden, sei damit zu rechnen, daß die Jahresabrechnung für 1984 keinen Anlaß zu Kritik geben werde. Im Budget 1985 seien für die Erhaltung städtischer Gebäude 1,083 Milliarden Schilling vorgesehen. Im kommenden Jahr werden 156 Aufzüge nachträglich eingebaut. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

34 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) kritisierte die Wohnbaupolitik. Er warf StR. Hofmann vor, den Oppositionsparteien Informationen vorzuenthalten. Die neuen Vergaberichtlinien seien unsozial, da die Einkommensgrenzen zu hoch angesetzt seien.

In einem BESCHLUSSANTRAG verlangte die ÖVP, daß Personen, die die Einkommensgrenze überschreiten und in Gemeindewohnungen wohnen, diese im Eigentum erwerben oder eine höhere Miete bezahlen müssen oder in einer angemessenen Frist die Gemeindewohnung aufgeben müssen.

In einem weiteren ANTRAG forderte die ÖVP, daß die Wohnbeihilfe wahlweise direkt verrechnet werden soll.

Weiters stellte die ÖVP den ANTRAG auf die Einführung einer Wohnstarthilfe im Ausmaß bis zu 100.000 Schilling.

Abschließend kritisierte Dr. Petrik die Praxis der Wohnungskommissionen. Sie seien zwar ein erster Schritt zur objektiven Vergabe von Gemeindewohnungen, doch komme es manchmal zu Ungerechtigkeiten. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

35 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL)GR. PRAMEL (SPÖ) bezeichnete im Rahmen der Stadterneuerung auch die Sanierung der Infrastruktur als wesentliches Anliegen. In diesem Zusammenhang nannte Pramel die Bezirksentwicklungspläne, aber auch die Komplettierung des Straßennetzes als wesentliche Punkte. Insbesondere im Bereich der Süd- und der Westeinfahrt sowie des gesamten Gürtels müsse nach integrierten Gesamtlösungen gesucht werden. Dabei seien sowohl die Erfordernisse des Verkehrs als auch die Verbesserung der Lebensbedingungen an diesen Straßen zu berücksichtigen. (Forts.)
gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

36 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Man müsse sich Kriterien zurechtlegen, die bei der Zuweisung von Gemeindewohnungen eine Ghattobildung nicht begünstigen, erklärte StR. HOFMANN (SPÖ) zur Frage der Einkommensgrenzen. Dies sei die Voraussetzung für alle diesbezüglichen Regelungen.

Er, sagte Hofmann, wohne in einer geförderten Wohnung, habe aber den Baukostenzuschuß nicht nur zur Hälfte, sondern zur Gänze zurückbezahlt. Zu Rechtsnormen könne man sicher nur für einen kleinen Teil der Gemeindemieter kommen, der Rest basiere auf Freiwilligkeit. Zum "Ausweisen" könne er sich aber nicht bekennen.

Zur Kontrolle von Bauträgern erklärte Hofmann, daß eine eigene Gruppe zur genauen Überprüfung der jeweiligen Bauvorhaben eingerichtet worden sei. Steuererleichterung sei keine Voraussetzung für die Stadterneuerung. Er sehe in der Erhaltung der Bausubstanz und der Erhöhung der Wohnqualität weit wichtigere Kriterien, betonte Hofmann.

Die Tätigkeit der Wohnungskommission, schloß der Stadtrat, habe sich als positiv erwiesen. Er werde aber alle Mitglieder der Kommissionen darauf hinweisen, daß ihre Tätigkeit in diesem Bereich nicht zur Grundlage politischer Propaganda mißbraucht werden dürfe.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 19.35 Uhr unterbrochen und wird Dienstag mit der Beratung der Geschäftsgruppen "Gesundheit und Soziales", "Bildung, Jugend und Familie", "Kultur und Sport" sowie "Bauten" fortgesetzt.

...-Ende des Sitzungsberichtes.-...-

(Schluß) je/ko

NNNN

EBS darf nichts verbrennen, das zu Gefährdung führt (1)

=++++

15 #Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Mit Hilfe des Arbeitskreises EBS wird alles unternommen, um die EBS über internationale Grenzwerte hinausgehend sicher zu machen. Bereits unmittelbar nach seinem Amtsantritt habe er die EBS angewiesen, daß nichts verbrannt werden darf, was zu einer Gefährdung der Bevölkerung führt. Diese Anweisung ist auch, soweit die Unterlagen vorliegen, eingehalten worden. Im Gegensatz zur Interpretation des "Profil" sei im Umweltgutachten für die B 225/228 auch nicht behauptet worden, die EBS sei an den gemessenen Werten schuld: das betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN am Montag zu einem entsprechenden Bericht in der Zeitschrift "profil" und in einer Wiener Tageszeitung. Wie die Umweltabteilung dazu in bezug auf die gemessenen Stickoxid-Werte betonte, sei keine akute Gesundheitsgefährdung durch diese Werte entstanden, der Spitzenwert liegt im Bereich internationaler Grenzwerte. Selbstverständlich werden jedoch, so Braun gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ", auf der Grundlage der Arbeiten des Arbeitskreises EBS rasch alle Maßnahmen getroffen, um die Emissionen aus der EBS weiter zu senken. #

Zu dem Zeitungsbericht ist festzuhalten:

o Aufgrund des Berichtes über das erkrankte Kind ersuchte Braun den Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, sich dieser Sache anzunehmen. Auf Kosten der Stadt Wien wird eine genaue Untersuchung über den Gesundheitszustand durchgeführt werden. Wie Braun dazu betonte, steige nicht allein in Wien und nicht allein in Simmering, sondern - wie auch beim europäischen Ärztekongreß festgestellt wurde - international die Zahl der Atemwegserkrankungen sprunghaft an. Es sei daher umso wichtiger, jedem einzelnen Hinweis nachzugehen.

o Zur Frage der Datenübertragung: Die über das Stadtgebiet verteilten Luftmeßstationen Wiens messen kontinuierlich, Meßdaten werden von den städtischen Luftmeßstationen Tag und Nacht registriert. Sieben Meßstellen sind bereits an das Computernetz angeschlossen, zwei weitere sollen Anfang des kommenden Jahres folgen, nach und nach werden alle 14 Luftmeßstellen an den Umweltcomputer angeschlossen sein werden. (Forts.) hs/ap

EBS darf nichts verbrennen, das zu Gefährdung führt (2)

=++++

16 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL)

- o Zur Frage der Stickoxidemissionen (die entsprechenden Messungen wurden von Doz. Puxbaum vorgenommen, der auf telefonische Anfrage erklärte, daß die nachts gemessenen Werte sich nicht von denen untertags unterschieden) betonte Dipl.-Ing. LÖFFLER von der Umweltschutzabteilung, der gleichzeitig Leiter des EBS-Arbeitskreises ist, daß von den EBS durchschnittlich zwischen 40 und 80 mg NO/m³ emittiert werden. Laut Dampfkessel-Emissionsgesetz wären 400 mg NOx/m³ zulässig. Zu dem im "Profil" erwähnten einmaligen Spitzenwert von über 400 mg betonte der Umweltextperte, daß z. B. in den USA ein Dauerwert von 50 mg für NO₂ und von 400 mg für NO sowie Kurzzeitwerte von 100 mg für NO₂ festgelegt wurden. Der in dem Bericht erwähnte Spitzenwert entspräche bei einer angenommenen Aufteilung von 8 zu 2 etwa 55 ppb NO₂ und 385 bis 400 ppb NO, sei also ein Spitzenwert, der in den USA als Dauerwert möglich wäre. Durch diese Belastung sei sicher keine akute Gesundheitsgefährdung entstanden. Wie dazu betont wurde, seien jedoch - da in dem vom "Profil" erwähnten Zeitraum vor allem Ost-Südostwind herrschte - durchaus Emissionen durch andere Emittenten möglich.
 - o Die EBS hat den Auftrag, bis entsprechende Sanierungsmaßnahmen gesetzt werden, nichts zu verbrennen, was bei der derzeitigen Anlage die Gesundheit der Bevölkerung gefährden könnte. Wie Braun betonte, habe er dazu noch heute, Montag, früh mit Bürgermeister Dr. Helmut ZILK sowie mit dem Kontrollamtsdirektor gesprochen. Soweit bisher Unterlagen vorliegen, wurde diese Anweisung eingehalten. Selbstverständlich werde aber jedem entsprechenden Hinweis nachgegangen. Sollte sich herausstellen, daß entgegen der Anweisung etwas verbrannt wurde, das die Bevölkerung gefährden könne, so habe der Betreffende mit einem Disziplinarverfahren zu rechnen.
 - o Schließlich wird in dem im Auftrag der MA 18 erstellten Gutachten über die Umweltverträglichkeit der B 225/228 auch nicht erklärt, daß die Emissionen bzw. Immissionen von den EBS stammen. Allerdings wird dies auch nicht ausgeschlossen. Es sei nicht möglich gewesen, einen einzelnen Emittenten zu finden. Wie Braun dazu betonte, erscheine laut Gutachten zwar der Bau dieser Straße möglich, jedoch werden noch weitere Gutachten erstellt. (Schluß)
- hs/gg